

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
frühzeitig zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei
ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der bessere Mann“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgespaltene, 10 mm hohe (Bett-) Zeile ober deren
Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung ent-
sprechender Rabatt. Kleinanzeigen werden pro Zeile 40 Pfg. berechnet. Bei
für Bloß, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmgebühr
für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigst
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main N. 20771

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 30

Dienstag, den 7. März 1933

26. Jahrgang.

Reichstagsseröffnung im März?

Bericht Hitlers an Hindenburg — Kabinett verlangt weitgehende Vollmachten
Zusammentritt des Reichskabinetts

politische Folgen

Berlin, 7. März.

Die politische Entscheidungsschlacht am 5. März hat der
Reichstagswahl. Sowohl im Reich wie in Preußen verfügen
Reichstagsparteien über eine absolute Mehrheit von 52
Stimmen, die die Dinge der wenigen kleinen bürgerlichen Mittel-
klassen auf die Hilfe der wenigen kleinen bürgerlichen Mittel-
klassen irgendwie angewiesen. Von 647 Reichstagsabge-
ordneten entfallen auf die Regierungsparteien nicht weniger
als 341, die Mehrheit beträgt also 17 Stimmen. Weiblich
sind die Dinge in beiden Häusern ihre Vorlagen, soweit sie
nicht, wie bei verfassungsändernden Maßnahmen, eine Zwei-
drittelmehrheit erfordern, ohne weiteres zur Annahme zu
bringen.

Das Auffallendste an den Reichs- und Landtagswahlen
ist die ungeheure Wahlbeteiligung, die mit 88 Prozent die
höchste in der Nachkriegszeit überhaupt war. Gegenüber
den 17 Millionen abgegebenen Stimmen im letzten November
diesmal rund 39,3 Millionen Stimmen abgegeben wor-
den. Das Plus von dreieinhalb Millionen Stimmen ist of-
fenbar vollständig den Nationalsozialisten zugute gekommen,
da ihre Stimmzahl gegenüber dem November um 5,5 Mil-
lionen den Höchststand vom Juli 1932 noch um 3,5 Mil-
lionen vermehren konnten. Als Meister der politischen Pro-
paganda hat Hitler — wie ein Schweizer Blatt meint —
verstanden, das „schlafende Heer“ der bisherigen Rechts-
parteien zu wecken und zu sich hinüberzuziehen. Außerdem
haben die Nationalsozialisten endlich einen Teil der kom-
munistischen Verluste in die marxistische Front er-
nen beachtenswerten Einbruch in die marxistische Front er-
reicht. Nicht weniger als zwanzig Mandate sind dem Marxis-
mus verloren gegangen. Da, wenn man die stärkere Wahl-
beteiligung berücksichtigt, sind die Verluste der Linken noch
weit höher.

Ein zweites, ebenfalls sehr wichtiges Merkmal der Wahl
vom 5. März ist der über Erwarten große Erfolg der Na-
tionalsozialisten in Süddeutschland, namentlich in
Bayern und Württemberg, wo sich die Stimmzahl der
NSDAP. fast verdoppelt hat, während z. B. die Bayerische
Volkspartei einen klaren Rückgang aufzuweisen hat. Von
deutscher Seite wird der nationalsozialistische Erfolg in
erster Linie auf den Stimmzug der reichsdeutschen
Wähler aus dem umliegenden Ausland zurückgeführt. In
gewissem Umfang mag dies zutreffen, es dürfte jedoch falsch
sein, den Stimmzuwachs auf diese Tatsache allein
zurückzuführen. Der Erfolg Hitlers in Süddeutschland ist
unverkennbar, und wenn man die Reichstagswahlergebnisse
auf die süd- und mitteldeutschen Länder überträgt, so ergibt
sich eine wesentliche Veränderung der Mehrheitsverhältnisse
in diesen Ländern. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich,
dass man von nationalsozialistischer Seite nunmehr auf eine
Ärmwahl der Länderparlamente dringen wird, um auch hier
den Willensdruck der Wähler Rechnung zu tragen. Dies
würde besonders für die Länder gelten, die wie z. B. Bayern,
Hessen und Sachsen seit langer Zeit nur geschäftsführende
Regierungen besitzen. In Bayern scheint man, wie eine
Äußerung des Vorstehers der Reichstagsfraktion der
Bayerischen Volkspartei, Dr. Leicht, erkennen lässt, die Not-
wendigkeit einer Regierungsneubildung schon anzuerkennen.
Auf die Frage, ob irgendwelche Maßnahmen gegen die süd-
deutschen Regierungen in Aussicht genommen seien, wird an-
zuständig Reichsstelle erklärt, das hänge von den süd-
deutschen Ländern selbst ab.

Sprachweise wird jetzt auch die Regelung der Regierungs-
verhältnisse in Preußen. Nach Ansicht politischer Kreise
dürften die maßgebenden Stellen der Meinung sein, daß
durch den Wahlsieg die Lage der alten preußischen Regie-
rung Braun-Severing gegen die Auffassung des Preussischen
Landtages hinfällig geworden sei. Zwar könne der Staats-
Landtag keine Entscheidung über die Preußenfrage treffen,
gerichtet, aber in der Praxis werde das, so sagt man, ohne Fe-
den, weil von dem neu gewählten Landtag nun eine
ordnungsmäßige Regierung eingelegt würde. Zu diesem
Zweck wird die neue Regierungsmehrheit zunächst den viel-
umstrittenen Beschluß des alten Landtages, wonach zur Wahl
des Ministerpräsidenten eine Zweidrittelmehrheit erforderlich
ist, wieder aufheben. Damit wäre der Weg für die Neu-
regierung der Regierungsfrage in Preußen frei. Als Ran-
gepräsident der Ministerpräsidenten in Preußen dürfte der
Reichstagspräsident von Papen, der ja schon jetzt in seiner Eigen-
schaft als Reichskommissar die Regierungsgewalt in Preußen
ausübt, in Betracht kommen. Aller Wahrscheinlichkeit nach
wird von Papen, wie auch die übrigen zukünftigen

wird, das Wahlergebnis vom 5. März auf die
Zusammenkunft der Reichsregierung und
damit wohl auch auf die der kommunikativen Preußenregie-
rung keine Auswirkungen haben soll.

Im übrigen werden sich das Reichskabinett so-
wie die preussische Regierung am heutigen Dienstag mit
dem Wahlausgang befassen, nachdem der Reichstags-
präsident bereits am Montag dem Reichspräsidenten
über die politische Lage Bericht erstattet hat. Was die Wen-
dung der Reichsfragen anbelangt, so scheint hierzu von
der Reichsregierung bisher noch nichts vorgelegen zu sein.
Daher jedoch ein Flagenwechsel beabsichtigt ist, geht aus ei-
ner Äußerung des Reichsministers Görings auf einer na-
tionalsozialistischen Wahlkundgebung in Frankfurt a. M.
hervor, wonach er als Präsident des neuen Reichstages als
erste Amtshandlung dem neuen Parlament vorzulegen
wollt, Schwarz-Weiß-Rot wieder als Nationalfahne zu er-
klären. In diesem Zwecke müßte eine Verfassungsände-
rung beschloffen werden, für die sich die erforderliche Zwei-
drittelmehrheit auch in dem neuen Reichstag kaum finden
lassen dürfte. Man nimmt deshalb an, daß das Reichs-
kabinett sich am Dienstag auch schon mit einem Ermäch-
tigungs-gesetz befassen wird, das dem neuen
Reichstag bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden soll.
Dabei wird wohl zum Ausdruck gebracht werden, daß eine
Ermächtigung zu Verfassungsänderungen erwünscht wäre.

Der Reichstag hat nach der Verfassung spätestens
am 30. Tage nach der Wahl, d. h. am 4. April, zusam-
mentreten. Der Zeitpunkt der Einberufung hängt von
der amtlichen Prüfung des Wahlergebnisses ab, die eine
Reihe von Tagen in Anspruch nimmt, die Einberufung soll
aber so schnell wie möglich erfolgen, vielleicht also noch im
Monat März. Alterspräsident des neu gewählten Reichs-
tages wird wiederum der nationalsozialistische Abgeordnete
General Uymann, der 83 Jahre alt ist, werden. General
Uymann, der auch Mitglied des neu gewählten Preussischen
Landtages ist, wird auch in diesem Parlament die Geschäfte
des Alterspräsidenten führen.

Schnelle Einberufung Einbringung eines Ermächtigungsgesetzes

Berlin, 7. März.

Reichstagsminister Hitler stellte dem Reichspräsidenten ein-
nen Besuch ab und erstattete dabei dem Reichspräsidenten
v. Hindenburg Bericht über das Ergebnis der Reichstags-
wahl. Das Reichskabinett wird am heutigen Dienstag wie-
der zusammentreten, nachdem zuvor noch eine Ministerbe-
sprechung stattgefunden hat. Ob die Reichsregierung
nach ihrem Wahlsieg einen Aufbruch an das deutsche Volk
richten wird, ist zur Stunde noch nicht entschieden.

Den Hauptpunkt der Tagesordnung der heutigen
Kabinettsitzung dürfte die Ausprache über den Ausfall der
Reichstagswahl bilden und die Konsequenzen, die sich aus
dem klaren Erfolg der amtierenden Reichsregierung für die
Beurteilung der politischen Lage ergeben. Daneben wer-
den dann noch die Fragen behandelt werden, die ohnehin
schon für den nächsten Kabinettsrat angelegt waren. Hier
handelt es sich vor allem um landwirtschaftliche und die
Fragen wie das Problem der Einfuhrkontingente und die
Bewirtschaftung der See und Fische. Eine außenpolitische
Ausprache ist nach dem, was man darüber hört, in der
Tagesordnung nicht vorgesehen, doch ist angesichts der Wich-
tigkeit, die die Außenpolitik im Augenblick hat, anzunehmen,
daß auch diese Frage erörtert wird.

Man rechnet in politischen Kreisen bestimmt damit, daß
sowohl der Reichstag, wie auch der Landtag sobald wie mög-
lich, in etwa 14 Tagen bis 3 Wochen, einberufen werden,
und daß die Regierung ein Ermächtigungsgesetz fordern
wird. Dieses Ermächtigungsgesetz soll nach Möglichkeit ver-
fassungsgemäß sein. Wenn in der Öffentlichkeit ver-
schiedenartig von einer Vorlage über eine Änderung der
Reichsfragen gesprochen wird, so kann dem gegenüber fest-
gestellt werden, daß die Reichsregierung sich mit dieser
Frage noch nicht beschäftigt hat.

Preußen-Klage erledigt

Was die Preußenfrage anbelangt, so ist man in Kreisen,
die der Reichsregierung nahestehen, der Auffassung, daß
durch die Wahl der alten Staatsregierung
Braun-Severing praktisch hinfällig geworden ist, da der
Landtag selbstverständlich bald eine reguläre Regierung bil-
den wird und angesichts einer ordnungsmäßigen Minister-
präsidentenwahl die Klage keinerlei Bedeutung mehr hat.
Es dürfte die Frage sein, ob der Staatsgerichtshof dann
lediglich die rein formalrechtlichen Verhandlungen weiter-
führen wird.

Zugelassene, zuständig für die Wahl des Ministerpräsi-
den ist das Landtagsplenum. Die seit der Berufung Pa-
pens im Sommer 1932 geschlossene Verbindung zwischen
der Reichs- und der preussischen Staatsregierung dürfte auf-
recht erhalten bleiben.

In diesem Zusammenhange verlaute von unterrichteter
Seite, daß die Behandlung der hambur ger Angelegen-
heit als eine rein ressortmäßige Angelegenheit des Reichs-
innenministeriums anzusehen ist und in der Reichsregierung
dementsprechend behandelt wird. Es ist nichts darüber be-
kannt, daß gegen andere Länderregierungen ähnliche Maß-
nahmen geplant sind.

Der neue Reichstag

Das vorläufige Gesamtergebnis der Reichstagswahl hat
hinichtlich der Mandatsverteilung noch einige Veränderungen
erfahren. Nach dem berichtigen Ergebnis werden dem neuen
Reichstag 647 Abgeordnete angehören. Auf die einzelnen
Parteien verteilen sich die Mandate wie folgt:

Nationalsozialisten	288
Sozialdemokraten	120
Kommunisten	81
Zentrum	73
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	52
Bayerische Volkspartei	19
Deutsche Staatspartei	5
Deutsche Volkspartei	2
Christlich-Sozialer Volksdienst	4
Deutsche Bauernpartei	2
Weingärtnerbund	1

Die Wahlbeteiligung bei der Reichstagswahl be-
trug 88,5 Prozent. Das ist eine Beteiligung, die bisher noch
niemals erreicht worden ist. Selbst die Reichstagswahl
beim ersten Wahlgang für den Reichspräsidenten am 13.
März 1932 betrug „nur“ 86,2 Prozent. Bei den Reichstags-
wahlen am 31. Juli 1932 wurden 84 Prozent erreicht. Beim
zweiten Wahlgang für den Reichspräsidenten am 10. April
1932 betrug die Beteiligung 83,5 Prozent, während der Tief-
stand bei den letzten Reichstagswahlen am 6. November
1932 mit 79,3 Prozent Wahlbeteiligung erreicht war.

Von der Gesamtstimmzahl erhielten die einzelnen Par-
teien in Hundertteilen:

Die Hundertteile der Gesamtstimmzahlen für die
Reichstagswahl: NSDAP. 43,9 (Des. 1932 33,1) Prozent,
SPD. 18,3 (20,4), KPD. 12,12 (16,9), Zentrum 11,1 (11,9),
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 7,8 (8,3), Bayerische Volks-
partei 2,7 (3,1), Deutsche Volkspartei 1,8 (1,9), Christlich-
sozialer Volksdienst 0,9 (1,2), Staatspartei 0,8 (1,0), Deutsche
Bauernpartei 0,2 (0,4), Württembergische Weing. 0,2 (0,3),
Hannoverscher 0,1 (0,2) Prozent.

Preußens neuer Landtag

Im Preussischen Landtag verteilen sich die Mandate nach
dem berichtigen vorläufigen Ergebnis auf die einzelnen
Parteien wie folgt:

Nationalsozialisten	211
Sozialdemokraten	80
Zentrum	68
Kommunisten	63
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	43
Deutsche Staatspartei	3
Deutsche Volkspartei	2
Christlich-Sozialer Volksdienst	2
Deutsch-Hannoverscher	2

Die Unterbringung der Abgeordneten

Sowohl in der Reichstagsverwaltung als auch im Büro
des Preussischen Landtages haben bereits die technischen Vor-
arbeiten für die neue Parlamentssession begonnen. Da
beide Häuser bisher nicht dagewesene Repräsentanten auf-
weisen werden, ist man um die unverzügliche Einberufung
der Personalien und der Vorbilder der zahlreichen parla-
mentarischen Redner bemüht. Während man in Reichs-
tag auf die Platzfrage kein besonderes Gewicht zu legen
braucht, da der Vollzugsaal ausgebaut ist und die
als Ersatz in Frage kommenden Gebäude — die Potsda-
mer Garnisonkirche, der Lange Saal in Potsdam und ge-
gebenenfalls die Krolloper in Berlin — eine genügend große
Anzahl von Plätzen aufweisen, ist im Sitzungssaal des
Preussischen Landtages eine Umstellung erforderlich.
Der Saal, der gegenwärtig auf 425 Abgeordnete eingestrich-
t ist, soll normalerweise 450 Abgeordneten Platz bieten. Es

geschaffen werden. Dies wird sich, wie seinerzeit im Reichstag, am besten dadurch ermöglichen lassen, daß man in den hinteren Stiegen einige Bänke entfernt und an den so frei werdenden Stellen neue Sessel unterbringt.

Die letzte Chance

Mit der Auflösung des Reichstags und des Preussischen Landtags hatte das Reichskabinett Hitler dem deutschen Volk selbst Gelegenheit geben wollen, seinen Willen dahin kundzugeben, ob es der Regierung der nationalen Konzentration die Leitung seines Geschicks anvertrauen will, ob es dem Kanzler und seinen Mitarbeitern die Möglichkeit einräumen will, den auf einen Zeitraum von vier Jahren bemessenen Plan eines Wiederaufbaues Deutschlands in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht landes- und völkerverbindend durchzuführen. Gleichzeitig sollte nach dem Willen der Regierung dem Volk zum Bewußtsein gebracht werden, daß der 30. Januar nicht nur ein Wendepunkt für die Regierung, sondern für die ganze Nation sein sollte. Der Wahltag sollte, wie die Führer der gegenwärtigen Regierung im Wahlkampf immer wieder betonten, dem Volk die große, aber letzte Chance geben, sich darüber schlüssig zu werden, ob es die Regierung in ihrem schweren Kampf gegen den staats- und völkerverfeindlichen Bolschewismus hängen und ihr energiegeloses Vorgehen gegen die kommunistische Gefahr, die durch den Reichstagsbrand soeben erst weit über Deutschlands Grenzen hinaus auf der Welt offenbar wurde, billigen will. Es sollte, wie gesagt, die letzte Chance sein, denn die Regierung hatte auch klar und deutlich angekündigt, daß sie, unabhängig vom Wahlausfall nicht gefonnen sei, nach dem 5. März das Schicksal Deutschlands denen wieder zu überantworten, in deren Hände es 14 Jahre gelegen hatte.

Wie hat nun das deutsche Volk die ihm von der Regierung gegebene Chance ausgenutzt? Grundfähig dürfte wohl feststehen, daß das Reichskabinett am 5. März sein Hauptziel, die Ausschaltung des Marxismus aus der Regierungspolitik, erreicht hat. Weder in Preußen noch im Reich werden die beiden marxistischen Parteien nach der Wahlentscheidung noch irgend einen auschlaggebenden Einfluß auf die Regierungsbildung und damit auf den politischen Kurs ausüben können. Die Vormacht der Sozialdemokratie in Preußen, die schon durch die letzte Landtagswahl erschüttert war, ist jetzt endgültig gebrochen. Ueberdies kommt die Tatsache hinzu, daß die überfüllte Reise des früheren Ministerpräsidenten Brüning nach der Schweiz auch nach außen hin klar zum Ausdruck. Das Volksteil ist gegen die früheren Machthaber ausgefallen. Als Sieger ist aus diesem schwersten aller Reichswahlkämpfe die Regierung Hitler hervorgegangen, deren beiden Hauptstützen, die Nationalsozialisten und die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, über rund 50 Prozent der Stimmen verfügen und unter Hinzurechnung des ihnen nahestehenden christlich-nationalen Volksbundes und der Deutsch-Hannoverscher — eine sichere Reichstagsmehrheit für die Regierung verbürgen.

In politischen Kreisen hatte man von vornherein damit gerechnet, die Nationalsozialisten den Rückschlag, den sie bei der letzten Reichstagswahl im November vergangenen Jahres erlitten hatten, diesmal nicht nur weismachen, sondern ihre bisher höchste Stimmenzahl vom Juli 1932 noch übersteigen würden. Diese Vermutung hat nicht getrogen. Nachdem der Führer der NSDAP, selbst die Regierungsverantwortung im Reich und in Preußen übernommen hat, hat die nationalsozialistische Bewegung neuen Auftrieb bekommen. Die umfangreichen Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft, die die Regierung Hitler-Hugenberg seit ihrem Amtsantritt in die Wege geleitet hat, haben offenbar dem Kabinett das Vertrauen weiter agrarischer Kreise, die politisch bisher nicht zu den Rechten zählten, verschafft. Auch das energische Vorgehen gegen die kommunistischen Brandstifter, gegen die bolschewistische Zersetzungsbewegung in Stadt und Land sowie der planmäßig durchgeführte Kampf gegen das kultur-, volks- und staatszerstörende Treiben des modernen Kulturbolschewismus, die entschlossene Bekämpfung der Auswüchse auf dem Gebiete des Schulwesens, im Theaterleben und in der Literatur, haben sicher viele Wähler bewegt, ihre Stimme diesmal den Nationalsozialisten zu geben. Vor allem dürfte es Hitler gelungen sein, große Massen der sogenannten Nichtwähler, die bisher bei allen Wahlen bei weitem die größte „Partei“ darstellten, aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und an die Ausübung ihrer vormaligen Staatsbürgerpflicht zu erinnern.

Der Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot, in dem die Deutschnationalen, der Stahlhelm und die übrigen Reichsgruppen vereint waren, hat im Vergleich zu den Nationalsozialisten weniger erfolgreich abschneiden können. Er hat im wesentlichen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei bei den letzten Wahlen erhalten, vielleicht etwas mehr. Die Stimmenzahl der Deutschen Volkspartei, die offiziell nicht zu den Regierungsparteien zählt, aber sich für die Stützung der Hindenburgfront ausgesprochen hat, geht auch aus diesem Wahlkampf mit erheblichen Stimmenverlusten hervor. Auch der Christlich-Soziale Volksbündnis, der mit der Volkspartei Stützenverbindung eingegangen war, dürfte seinen Bestands nicht ganz behauptet haben.

Das Zentrum hat allem Anschein nach einen leichten Gewinn zu verzeichnen, auch die Bayerische Volkspartei geht gestärkt aus dem Kampfe hervor. Die Gewinne beider Parteien dürften wohl auf die im allgemeinen höhere Wahlbeteiligung zurückzuführen sein. Ob und inwieweit die beiden Parteien in die nationale Front eingegliedert werden, diese Frage läßt sich zur Stunde natürlich nicht beantworten. Wenn es gelingen sollte, die beiden Parteien in die Hindenburgfront miteinzubeziehen, würde die Regierungsmehrheit natürlich eine wesentliche Verstärkung erfahren, die namentlich bei der Abwehr des Bolschewismus und bei dem Befreiungskampfe nach außen von größter Bedeutung wäre.

Die Befestiger der großen Wahlschlacht sind einerseits die Sozialdemokraten, die infolge der Zuwanderung zahlreicher kommunistischer Stimmen nur einen verhältnismäßig kleinen Verlust erlitten haben, in der Praxis aber, wie gesagt, jeglichen Einfluß auf die Regierungspolitik eingebüßt haben, und andererseits die Kommunisten, die ein starkes Fünftel ihres Bestandes verloren haben.

Wie weittragend die Niederlage der beiden sozialistischen Parteien am 5. März gewesen ist, zeigt auch der Ausfall der Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Braun-

schweig, die gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfanden. Während die Sozialdemokraten und die Kommunisten im alten Stadtparlament mit 18 von 35 Stimmen über die absolute Mehrheit verfügten, ist diese Mehrheit durch die Wahl am Sonntag beseitigt, da die Sozialdemokraten zwei Sitze verloren. Den Nationalsozialisten fehlen an der absoluten Mehrheit rund 10 000 Stimmen.

Reichstagswahl:

Wahlkreisergebnisse

Wahlkreis 1 (Ostpreußen)

Nat. 697 065, Soj. 179 978, Kom. 107 087, 3. 80 794, Dn. 139 283, DVP. 8827, Chr.-S. 15 604, Sta. 5209.
NSDAP 423 872, SPD 211 957, KPD 148 276, 3. 79 902, Dn. 155 531, DVP 14 886, Staatsp. 5924, Chr.-Soj. 15 299.

Wahlkreis 2 (Berlin)

Nat. 397 652, Soj. 286 950, Kom. 383 115, 3. 60 060, Dn. 115 839, DVP. 6761, Chr.-S. 6383, Sta. 16 454.
NSDAP 269 294, SPD 284 459, KPD 450 793, 3. 49 003, Dn. 105 397, DVP 6493, Staatsp. 12 917, Chr.-Soj. 5117.

Wahlkreis 3 (Potsdam)

Nat. 485 164, Soj. 260 977, Kom. 225 490, 3. 65 727, Dn. 177 605, DVP. 15 536, Chr.-S. 7424, Sta. 30 796, Dt. Bp. 143, Dt.-Hann. 11, Soj. Rpf. 182.
NSDAP 341 901, SPD 267 563, KPD 272 214, 3. 53 700, Dn. 179 243, DVP 20 157, Staatsp. 22 457, Chr.-Soj. 6222.

Wahlkreis 4 (Potsdam)

Nat. 583 969, Soj. 272 731, Kom. 236 962, 3. 37 260, Dn. 154 070, DVP. 10 282, Chr.-S. 7249, Sta. 11 220.
NSDAP 414 189, SPD 285 081, KPD 287 154, 3. 32 751, Dn. 155 391, DVP 12 387, Staatsp. 11 188, Chr.-Soj. 6547.

Wahlkreis 5 (Frankfurt a. O.)

Nat. 549 838, Soj. 185 579, Kom. 74 102, 3. 59 303, Dn. 110 087, DVP. 6951, Chr.-S. 5049, Sta. 5367.
NSDAP 389 043, SPD 207 611, KPD 104 197, 3. 56 606, Dn. 118 973, DVP 12 652, Staatsp. 5902, Chr.-Soj. 5301.

Wahlkreis 6 (Pommern)

Nat. 612 393, Soj. 176 376, Kom. 82 442, 3. 12 463, Dn. 184 614, DVP. 7153, Chr.-S. 6350, Sta. 5254.
NSDAP 424 877, SPD 195 190, KPD 119 204, 3. 12 042, Dn. 203 720, DVP 10 779, Staatsp. 5655, Chr.-Soj. 7030.

Wahlkreis 7 (Breslau)

Nat. 587 496, Soj. 225 419, Kom. 96 255, 3. 155 912, Dn. 83 526, DVP. 3904, Chr.-S. 9258, Sta. 8857, Dt. Bp. 407.
NSDAP 440 745, SPD 251 723, KPD 114 808, 3. 163 599, Dn. 84 785, DVP 6908, Staatsp. 5833, Chr.-Soj. 9934.

Wahlkreis 8 (Clegnig)

Nat. 407 710, Soj. 161 440, Kom. 50 353, 3. 48 654, Dn. 68 750, DVP. 4606, Chr.-S. 8317, Sta. 4419.
NSDAP 290 397, SPD 181 578, KPD 68 065, 3. 49 183, Dn. 68 318, DVP 7965, Staatsp. 5861, Chr.-Soj. 8746.

Wahlkreis 9 (Oppeln)

Nat. 337 075, Soj. 53 819, Kom. 72 097, 3. 252 016, Dn. 58 469, DVP. 1897, Chr.-S. 1840, Sta. 2655.
NSDAP 178 319, SPD 60 727, KPD 112 354, 3. 238 613, Dn. 53 429, DVP 2818, Staatsp. 1314, Chr.-Soj. 2085.

Wahlkreis 10 (Magdeburg)

Nat. 497 824, Soj. 290 692, Kom. 111 200, 3. 19 271, Dn. 112 087, DVP. 12 368, Chr.-S. 3027, Sta. 6337.
NSDAP 385 507, SPD 205 119, KPD 130 448, 3. 18 458, Dn. 104 146, DVP 20 465, Staatsp. 7755, Chr.-Soj. 3090.

Wahlkreis 11 (Merseburg)

Nat. 416 298, Soj. 147 289, Kom. 194 127, 3. 13 554, Dn. 105 581, DVP. 10 884, Chr.-S. 3988, Sta. 5527.
NSDAP 281 284, SPD 157 208, KPD 202 755, 3. 12 229, Dn. 100 892, DVP 17 224, Staatsp. 6887, Chr.-Soj. 3670.

Wahlkreis 12 (Erfurt)

Nat. 668 237, Soj. 272 161, Kom. 214 439, 3. 58 268, Dn. u. Th. Edd. 162 984, DVP. 21 468, Chr.-S. 6388, Sta. 10 441.
NSDAP 472 813, SPD 275 206, KPD 248 106, 3. 56 086, Dn. 91 948, DVP 35 315, Staatsp. 9957, Chr.-Soj. 6804, Dt. Bp. 60 062.

Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein)

Nat. 533 493, Soj. 222 631, Kom. 107 415, 3. 10 274, Dn. 101 624, DVP. 13 208, Chr.-S. 7118, Sta. 7899.
NSDAP 341 989, SPD 233 530, KPD 125 353, 3. 9717, Dn. 96 954, DVP 20 294, Staatsp. 11 449, Chr.-Soj. 7799.

Wahlkreis 14 (Weier-Ems)

Nat. 382 434, Soj. 180 855, Kom. 72 319, 3. 148 636, Dn. 97 473, DVP. 20 458, Chr.-S. 8998, Sta. 8134, Dt.-Hann. 3272.
NSDAP 268 916, SPD 183 091, KPD 86 785, 3. 150 745, Dn. 91 388, DVP 36 372, Staatsp. 9592, Chr.-Soj. 9399, Dt.-Hann. 4561.

Wahlkreis 15 (Ost-Hannover)

Nat. 354 812, Soj. 128 709, Kom. 49 028, 3. 8327, Dn. 73 616, DVP. 7902, Sta. 3607, Dt.-Hann. 27 136.
NSDAP 251 427, SPD 136 947, KPD 60 835, 3. 777, Dn. 70 904, DVP 12 149, Staatsp. 4316, Dt.-Hann. 36 968.

Wahlkreis 16 (Süd-Hannover-Braunschweig)

Nat. 616 821, Soj. 353 491, Kom. 94 710, 3. 57 869, Dn. 96 766, DVP. 16 663, Chr.-S. 6119, Sta. 8195, Dt. Bp. 253, Dt.-Hann. 15 818.
NSDAP 484 845, SPD 369 823, KPD 127 528, 3. 55 965, Dn. 88 825, DVP 26 290, Staatsp. 7363, Dt.-Hann. 36 968.

Wahlkreis 17 (Westfalen-Nord)

Nat. 527 896, Soj. 236 664, Kom. 162 355, 3. 434 524, Dn. 103 503, DVP. 18 684, Chr.-S. 25 511, Sta. 4124.
NSDAP 307 871, SPD 233 525, KPD 218 086, 3. 439 681, Dn. 98 474, DVP 26 899, Staatsp. 3529, Chr.-Soj. 27 075.

Wahlkreis 18 (Westfalen-Süd)

Nat. 529 541, Soj. 259 644, Kom. 264 251, 3. 352 257, Dn. 102 170, DVP. 15 921, Chr.-S. 36 736, Sta. 7908.
NSDAP 357 484, SPD 240 470, KPD 333 593, 3. 332 010, Dn. 89 901, DVP 21 170, Staatsp. 6455, Chr.-Soj. 40 763.

Wahlkreis 19 (Sachsen-Altenburg)

Nat. 775 972, Soj. 294 613, Kom. 141 258, 3. 219 087, Dn. 76 309, DVP. 26 215, Chr.-S. 21 621, Sta. 16 523.
NSDAP 596 200, SPD 291 848, KPD 194 446, 3. 202 849, Dn. 72 411, DVP 42 425, Staatsp. 12 758, Chr.-Soj. 21 502.

Wahlkreis 20 (Sachsen-Magdeburg)

Nat. 199 102, Soj. 168 289, Kom. 221 122, 3. 449 879, Dn. 59 888, DVP. 26 075, Staatsp. 3588, Chr.-Soj. 5153.
Nat. 396 216, Soj. 158 736, Kom. 188 051, 3. 472 824, Dn. 74 921, DVP. 18 251, Chr.-S. 5272, Sta. 3715.

Wahlkreis 21 (Koblenz-Trier)

Nat. 283 065, Soj. 52 118, Kom. 44 298, 3. 361 879, Dn. 145 711, DVP. 7091, Chr.-S. 2311, Sta. 1476.
NSDAP 166 154, SPD 60 848, KPD 60 087, 3. 291 879, Dn. 37 492, DVP 11 418, Staatsp. 1448, Chr.-Soj. 2516.

Wahlkreis 22 (Düsseldorf-Ost)

Nat. 505 737, Soj. 142 345, Kom. 303 941, 3. 268 874, Dn. 91 556, DVP. 17 865, Chr.-S. 19 220, Sta. 5110.
NSDAP 324 605, SPD 138 177, KPD 340 571, 3. 268 874, Dn. 85 988, DVP 20 034, Staatsp. 3388, Chr.-Soj. 5110.

Wahlkreis 23 (Düsseldorf-West)

Nat. 397 021, Soj. 102 003, Kom. 174 641, 3. 343 879, Dn. 90 192, DVP. 9931, Chr.-S. 8269, Sta. 2452.
NSDAP 244 270, SPD 90 601, KPD 227 021, 3. 343 879, Dn. 70 291, DVP 15 523, Staatsp. 1841, Chr.-Soj. 3391.

Wahlkreis 24 (Oberbayer-Schwaben)

Nat. 632 705, Soj. 216 005, Kom. 108 154, Dn. 66 948, Bp. 448 798, DVP. 6472, Chr.-S. 6346, Sta. 4130, Dt. Bp. 56 078.
NSDAP 321 646, SPD 194 711, KPD 152 741, 3. 66 948, Bp. 448 798, DVP 11 055, Staatsp. 7226, Chr.-Soj. 17 727.

Wahlkreis 25 (Niederbayern)

Nat. 281 072, Soj. 67 113, Kom. 37 492, Dn. 269 902, DVP. 3271, Chr.-S. 964, Sta. 1425.
NSDAP 110 305, SPD 63 374, KPD 56 009, Dn. 281 447, DVP 5673, Sta. 2130, Chr.-S. 1078, Dt. Bp. 56 078.

Wahlkreis 26 (Franken)

Nat. 719 692, Soj. 305 876, Kom. 78 789, Dn. 354 139, DVP. 5201, Chr.-S. 14 952, Sta. 9904, Dt. Bp. 3474.
NSDAP 521 884, SPD 289 202, KPD 121 109, Dn. 349 505, DVP 11 055, Staatsp. 7226, Chr.-Soj. 17 727.

Wahlkreis 27 (Pfalz)

Nat. 273 581, Soj. 98 404, Kom. 53 150, 3. 133 407, Dn. 14 542, DVP. 6796, Chr.-S. 4187, Sta. 3216.
NSDAP 228 124, SPD 86 544, KPD 69 113, 3. 133 407, Dn. 9826, DVP 11 185, Staatsp. 3102, Chr.-Soj. 4445.

Wahlkreis 28 (Dresden-Bautzen)

Nat. 538 300, Soj. 350 683, Kom. 164 997, 3. 24 106, Dn. 94 656, DVP. 30 639, Chr.-S. 16 295, Sta. 14 781, Dt. Bp. 547, Rpf. 418.
NSDAP 378 825, SPD 328 952, KPD 189 999, 3. 24 106, Dn. 90 550, DVP 45 702, Staatsp. 16 877, Chr.-Soj. 14 781.

Wahlkreis 29 (Leipzig)

Nat. 365 063, Soj. 274 207, Kom. 158 901, 3. 9596, Dn. 59 194, DVP. 18 167, Chr.-S. 7850, Sta. 18 827.
NSDAP 263 027, SPD 273 003, KPD 175 865, 3. 9596, Dn. 60 969, DVP 28 151, Staatsp. 11 033, Chr.-Soj. 7355.

Wahlkreis 30 (Chemnitz-Zwickau)

Nat. 614 083, Soj. 260 888, Kom. 233 050, 3. 7911, Dn. 66 353, DVP. 11 001, Chr.-S. 25 411, Sta. 7648.
NSDAP 493 259, SPD 253 313, KPD 242 004, 3. 7911, Dn. 57 922, DVP 15 898, Staatsp. 6977, Chr.-Soj. 24 500.

Wahlkreis 31 (Württemberg)

Nat. 662 354, Soj. 321 925, Kom. 144 343, 3. 279 944, Dn. 80 560, DVP. 10 955, Chr.-S. 48 961, Sta. 33 471, Dt. Bp. 1683, Edd. u. Weing. 83 563.
NSDAP 344 840, SPD 200 142, KPD 190 765, Wttb. 3 268 76, Dn. 69 917, DVP 19 515, Wttb. Dem. 39 353, Chr.-Soj. 55 353, B. u. Wttb. B. 105 216.

Wahlkreis 32 (Baden)

Nat. 627 276, Soj. 164 965, Kom. 134 722, 3. 350 446, Dn. 50 387, DVP. 14 389, Chr.-S. 18 500, Sta. 20 616.
NSDAP 404 542, SPD 154 383, KPD 169 137, Bad. 3 329 82, Dn. 47 417, DVP 23 574, Staatsp. 26 914, Chr.-Soj. 21 077.

Wahlkreis 33 (Hessen-Darmstadt)

Nat. 420 582, Soj. 192 443, Kom. 96 478, 3. 120 446, Dn. 25 267, DVP. 15 354, Chr.-S. 8942, Sta. 6671.
NSDAP 229 521, SPD 190 799, KPD 112 334, 3. 114 000, Dn. 24 726, DVP 24 134, Staatsp. 6084, Chr.-Soj. 9945.

Wahlkreis 34 (Hamburg)

Nat. 317 783, Soj. 220 570, Kom. 144 095, 3. 15 661, Dn. 65 365, DVP. 19 680, Chr.-S. 6752, Sta. 28 450.
NSDAP 207 057, SPD 218 078, KPD 186 743, 3. 13 331, Dn. 71 067, DVP 25 199, Staatsp. 41 136, Chr.-Soj. 7193.

Wahlkreis 35 (Mecklenburg)

Nat. 267 665, Soj. 147 954, Kom. 41 434, 3. 4562, Dn. 83 122, DVP. 7183, Chr.-S. 2892, Sta. 2870.
NSDAP 191 498, SPD 157 940, KPD 60 529, 3. 4562, Dn. 78 975, DVP 12 015, Staatsp. 3683, Chr.-Soj. 3209.

Solingen.

Nat. 37 449, Soj. 8447, Kom. 34 227, 3. 7898, Dn. 3864, DVP. 1754, Chr.-S. 1350, Sta. 362.
NSDAP 25 556, SPD 8131, KPD 35 102, 3. 7548, Dn. 2933, DVP. 2350, Chr.-Soj. 1206, Staatsp. 401.

Stettin.

Nat. 79 503, Soj. 36 797, Kom. 21 534, 3. 2879, Dn. 18 781, DVP. 1998, Chr.-S. 1642, Sta. 1582.
NSDAP 37 521, SPD 38 374, KPD 25 669, 3. 2857, Dn. 18 385, DVP. 3292, Chr.-Soj. 1742, Staatsp. 1055.

Stuttgart.

Nat. 84 531, Soj. 59 426, Kom. 37 185, 3. 24 407, Dn. 24 308, DVP. 3316, Chr.-S. 8021, Sta. 7730, Dt. Bp. 84.
NSDAP 53 872, SPD 52 502, KPD 47 700, 3. 21 615, Dn. 24 477, DVP. 6757, Chr.-Soj. 9902, Staatsp. 9764, Dt. Bp. 84.

Weimar.

Nat. 15 549, Soj. 4925, Kom. 3727, 3. 720, Dn. 4581, DVP. 1432, Chr.-S. 177, Sta. 399.
NSDAP 11 003, SPD 5462, KPD 3914, 3. 636, Dn. 178, DVP. 2163, Chr.-Soj. 111, Staatsp. 443, Dt.-Hann. 2 730, Edd. 178.

Wiesbaden.

Nat. 48 924, Soj. 18 769, Kom. 12 669, 3. 10 699, Dn. 8517, DVP. 2703, Chr.-S. 1252, Sta. 2385.
NSDAP 34 855, SPD 18 675, KPD 14 912, 3. 10 032, Dn. 6518, DVP. 5476, Chr.-Soj. 1360, Staatsp. 2110.

Wuppertal.

Nat. 127 138, Soj. 37 866, Kom. 55 712, 3. 26 850, Dn. 21 460, DVP. 3199, Chr.-S. 4900, Sta. 1490.
NSDAP 90 720, SPD 37 162, KPD 63 145, 3. 25 506, Dn. 23 588, DVP. 4579, Chr.-Soj. 5111, Staatsp. 806.

Würzburg.

Gesamtergebnis:

Notgeld in Amerika

Einberufung des Kongresses — Ausfuhr von Gold und Silber verboten

Washington, 7. März.

Nach einer Konferenz mit den Führern des Parlaments hat der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, den Kongress für Donnerstag zu einer Sonder- tagung nach Washington einberufen. Gleichzeitig wurde verfügt, daß bis dahin die Banken und Börsen geschlossen bleiben.

Weiter hat Präsident Roosevelt eine Proklamation er- lassen, durch die der Bundesregierung die absolute Kon- trolle über die Goldvorräte der Nation gegeben und die Ausfuhr von Gold und Silber verboten wird. Außerdem gibt sie den Bundesbehörden die Ermächtigung zur Aus- gabe von Notgeld. Das Handeln von Münzen und an- deren Zahlungsmitteln wird verboten.

Nach einer Zeitungsmeinung sollen die Zentralbanken von Frankreich, Holland, Belgien und der Schweiz bereit sein, der Federal Reservebank Kredithilfe zu gewähren.

Landwirtschaftliche Hilfe

Berlin, 7. März.

Am Reichsanzeiger erscheint eine Verordnung, durch die der autonome Zoll für Eier von 30 auf 70 Mark und für Kartoffeln von 30 auf 60 Mark je Doppelzentner erhöht wird. Gleichzeitig wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, die Einfuhr von 30 000 Doppelzentnern Kart- offeln zum Zollsaß von 30 Mark auch noch nach der allge- meinen Zollerhebung zuzulassen.

Die Mutation in Japan

Die amtlichen Feststellungen zur Erdbebenkatastrophe.

Tokio, 7. März.

Die letzten amtlichen Zahlen zur Erdbebenkatastrophe sind folgende: 1560 Tote, 956 Vermisste, 354 Verletzte, 2878 Häuser durch die Futurwelle weggeschwemmt, 1458 Häuser eingefürst und 211 Häuser niedergebrannt.

Das japanische Innenministerium hat umfassende Maß- nahmen zur Unterstützung der Bevölkerung in den beimg- lichen Gebieten getroffen. Die Regierung liefert Nahrungsm- ittel, leistet den Gemeinden Vorschüsse zur Unterstützung der Fischer und Wiederherstellung der Häfen und Rette und erläßt einen großen Teil der Steuern. Auch die Armee und die Marine beteiligen sich an den Hilfsmahnahmen und ver- teilen Kleider und Nahrungsmittel an die Bevölkerung. Die sachlichen Schäden und Verluste betragen ungefähr 14 Mil- lionen Yen (rund ebensoviel Mark). Der japanische Kaiser hat eine Million Yen für die Notleidenden zur Verfügung gestellt.

Schulfrei in Preußen und in Thüringen

Berlin, 7. März.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Ruff, anlässlich der geschäftlichen Wende, die der überwältigende Wahlsieg der nationalen Front für Deutschland bedeute, verfügt, daß an sämtlichen ihm unterstehenden Schulen Preußens am Mittwoch der Unterricht ausfällt.

In Thüringen fällt auf Anordnung des Volksbil- dungsministers in Weimar am heutigen Dienstag in allen Schulen der Unterricht aus.

Braun in der Schweiz

Friedrichshafen, 6. März.

Nach einer Auskunft der Polizeidirektion Friedrichshafen hat der frühere preußische Ministerpräsident Braun, der am Sonnabendmittag im Kraftwagen ein- trat, mit dem Fährschiff „Schiffen“, welches den Trans- port von Eisenbahnen und Kraftwagen zwischen Friedrichshafen und Romanshorn vermittelt, um 15.45 Uhr das deutsche Staatsgebiet verlassen.

Die Papiere Brauns sowie die Papiere für den Kraft- wagen waren vollständig in Ordnung, so daß einem Ver- lassen des deutschen Staatsgebietes keinerlei Hindernisse im Wege standen.

Reichsbanner in Thüringen verboten

Weimar, 7. März.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde in Thüringen verboten. Gleichzeitig sind mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold alle Neben- und Untereinrichtungen der Eisernen Front verboten worden.

Schiffskatastrophe

Songkong, 7. März.

Nähe der Landspitze von Meiu scheiterte der englische Dampfer „Antung“. Ein Dampfer hat 336 Reisende und Besatzungsmitglieder des als verloren angegebenen Schif- fes gerettet. 114 Passagiere und 55 Mann der Besatzung treiben noch in Rettungsbooten auf hoher See. Ein Motor ist auf der Suche nach ihnen.



Sanella
MARGARINE

mit diesem
**Garantie-
Datum**

Sanella
MARGARINE

die Feine

Rosentohl, Blumenkohl, Weiß-
Rotkraut, Wirsing, Schwarz-
wurzeln, Meerrettich, Sellerie
H. Mohr.

Mittwoch früh:

Fr. Schellfische,
Fisch-Filet bratfertig,
grüne Heringe,
la. Fettbücklinge,
Kieler Sprotten,
Lachsheringe,
Karl Bender.

FrISCHE FISCHE!

Seelachs o. Kopf Pfd. 24 Pfg.
Filet, bratfertig Pfd. 39
marinierte Heringe Stk. 10
Bücklinge Pfd. 22
Seelachs, ger. Pfd. 40

Hess. Lebensmittelhaus.

Inh. Siebenhausen & Deisenroth.

Spangenberg

Markt

Was ist Standard automatisch?

Durch Verbrauch werden Sie sich von der einzigartigen Wirkung dieses wirklich selbsttätigen Waschmittels überzeugen können.

Preis 25 und 50 Pfg.

Karl Bender.

Todesanzeige.

Heute morgen entschlief sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Martin Schumann

im Alter von 67 Jahren.

Die zeigt an in tiefer Trauer:

Ww. M. Schumann nebst Kinder.

Spangenberg, den 5. März 1933.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 8. März um 4 Uhr vom Trauerhause Eigene Scholle aus statt.



**T. V. „FROHER MUT“
SPANGENBERG**

Dienstag Abend 9 Uhr:

Turnstunde u. Gymnastik für Turnerinnen.

Mittwoch Abend 9 Uhr:

Turnstunde für alle Volksturner u. Spieler.

Der Volksturnwart

Alle Feld- und Gartensämereien

in frischer keimkräftiger Qualität

la. Rotklee

empfiehlt

Karl Bender.

Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag, den 9. März

vorm. 12 Uhr sollen in

Spangenberg

Zusammenkunft im Ratseller)

1 Lederofen,

3 Lederesseln

1 Schreibstuhl

1 Leinwandstuhl

1 Zentrifuge

zwangsweise öffentlich meistbie-

tend gegen Barzahlung versteigert

werden.

Messungen den 7. 3. 1933.

Hoffmann, Obergerichtsvollz.

Damen od. Herren

als Vertreter für eine nicht all-
tägliche Sache gesucht. (keine Vers.
etc.) Gute Verdienstmöglichkeit.

Zu melden Mittwoch v. 9-1/2 11

Uhr Hotel Bertram.

Salz in Säcken

H. Mohr.

Inferiert!

Mittwoch früh:

la. Schellfisch,
Kabliau,
Rotbarsch,
Bücklinge,
Sprotten,
Lachs u. Lachsschnitzel,
Sardellen.



Die rühmlichst bekannten und bewährten Wolf Garten Geräte

zu haben bei

Karl Bender.

Fleisch- und Kohlenarten.

Die Ausgabe der Fleisch- und Kohlenkarten für Monat März 1933 erfolgt Freitag, den 10. 3. 1933 von 9-11 Uhr im Zimmer 3 des Rathauses.

Spangenberg, den 7. 3. 1933.

Der Bürgermeister, Klein.

Stadtverordnetenwahl.

Der Wahlauschuss für die hiesige Stadtverordneten-
wahl hat in seiner Sitzung am 2. März 1933 die ein-
gereichten 4 Wahlvorschläge wie folgt zugelassen und
festgesetzt:

Wahlvorschlag 2:

Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands
(SPD.)

1. Schenk, Adam, Weber
2. Engeroth, Franz, Heizer
3. Mehlhorn I., Paul, Invalide
4. Sinning, Peter, Arbeiter
5. Lösch, Paul, Feilschenmacher
6. Suchland, Willi, Eisenbahnarbeiter
7. Meyer, Hans, Arbeiter
8. Schade Andreas, Arbeiter
9. Schumann II., Martin, Weber
10. Jung, Peter, Walдарbeiter
11. Jacob I., Heinrich, Arbeiter
12. Stöhr, Jakob, Walдарbeiter
13. Schäfer, Georg, Pader.

Wahlvorschlag 3:

Kennwort: Kommunistische Partei Deutschlands

1. Mehlhorn II., Paul, Weber
2. Rüttner, Karl, Wertmeister
3. Baugt, Karl, Weber
4. Maull, Valentin, Arbeiter
5. Brässel, Wilhelm, Gelpannführer.

Wahlvorschlag 13:

Kennwort: Uebereinstimmender Mittelstand.

1. Ruhnau, Konrad, Installationsmeister
2. Spangenthal, Hugo, Kaufmann
3. Hünlich, Otto, Rm. Angestellter
4. Balde, Wilhelm, Architekt
5. Kriem, Georg, Schreiner
6. Schneider, Wilhelm, Ingenieur.

Wahlvorschlag 14:

Kennwort: Nationale Berufsstände
(Siebert - Jenner - Appel)

1. Siebert, August, Kaufm. Angestellter
2. Jenner, Theobald, Architekt
3. Appel, Georg, Landwirt
4. Sartoris, Richard, Pr. Staatsförster
5. Salzmann, August, Schuhmacher
6. Hühner, Wilhelm, Heizer
7. Siebert, Franz, Schuhmacherobermeister
8. Gutermuth, Georg, Lehrer
9. Bieging, Heinrich, Kaltwerksbesitzer
10. Lepper, Walter, Schriftfeger
11. Engeroth, Franz, Landwirt
12. Dilling, Georg, Oberbahnhofsvorsteher
13. Kerste, Heinrich, Vädermeister
14. Peter, August, Schneidermeister
15. Brehler, Heinrich, Landwirt
16. Bod, Hans, Postverwalter.

Gemäß § 49 der Wahlordnung für die Wahlen zu
den Gemeinde-, Amts- und Kirchspiellandgemeinder-
vertretungen vom 25. 7. 1929 werden vorstehende Wahl-
vorschläge veröffentlicht.

Spangenberg, den 6. 3. 1933.

Der Vorsitzende des Wahlauschusses: